

Linksfraktion legt Beschwerde bei der Kommunalaufsicht ein

Osnabrück. In der letzten Ratssitzung am 05.09.2017 hatte die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz eine Verschiebung der Vorlage „Rahmenvorgabe für die Baulandentwicklung“ aus dem nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil beantragt. Dies wurde mehrheitlich abgelehnt.

Nun hat die Linksfraktion eine Beschwerde bei der Kommunalaufsicht eingereicht. „Wir halten das Vorgehen der Verwaltung, eine Vorlage zum so wichtigen Thema Wohnen nichtöffentlich zu diskutieren für falsch. Es fehlt hier jegliche rechtliche Grundlage und das Vorgehen ist vor allem unter demokratischen Gesichtspunkten skandalös.“, äußert sich Brandes-Steggewentz dazu. Weiter: „Mit unserer Beschwerde bei der Kommunalaufsicht wollen wir nun prüfen lassen, ob hier ein Verstoß gegen das Öffentlichkeitsgebots der Niedersächsischen Kommunalverfassung vorliegt und der Beschluss somit nichtig ist.“

Die „Rahmenvorgabe für die Baulandentwicklung“ stand bereits in der letzten Ratssitzung am 30.05.2017 im öffentlichen Teil auf der Tagesordnung, wurde aber auf Grund von weiterem Beratungsbedarf abgesetzt. In der Sommerpause wurde von Seiten der Verwaltung die Vorlage überarbeitet und dann im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung vom 05.09.2017 behandelt.